



AUSGABE 91
April 2011

ANALYSEN & ARGUMENTE

Brasilien nach Lula

POTENZIAL UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE
DEUTSCH-BRASILIANISCHEN BEZIEHUNGEN UNTER
PRÄSIDENTIN DILMA ROUSSEFF

Oliver Stuenkel (ext.) | Peter Fischer-Bollin

Dilma Rousseffs Erfolg bei den brasilianischen Präsidentschaftswahlen vom 31. Oktober 2010 hatte sich schon Monate vor den Wahlen abgezeichnet. Präsident Lula, der nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten durfte, hatte seine bis vor kurzem noch völlig unbekannte Stabschefin Rousseff systematisch aufgebaut und sie unermüdlich während der Kampagne unterstützt – er begann damit so früh, dass er mehrfach vom Obersten Wahlgericht zu einem Bußgeld verurteilt wurde. Der Präsident, der in seinem letzten Amtsjahr noch immer die Unterstützung von über 70 Prozent der Brasilianer genoss, hat somit geschafft, was die Opposition unbedingt vermeiden wollte – die Wahl wurde zu einem Plebiszit über Lulas acht Amtsjahre, in denen Brasilien historische Wachstumsraten und ungekannte ökonomische und politische Stabilität erfuhr.

Doch was bedeutet Dilma Rousseffs Präsidentschaft für Brasilien, für dessen Außenpolitik, und für die deutsch-brasilianischen Beziehungen?

Ansprechpartner

Reinhard Willig
Länderreferent Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay sowie
für Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika (SOPLA)
und Rechtsstaat (Montevideo und Mexico DF) | Team Lateinamerika
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 29
E-Mail: reinhard.willig@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-942775-23-6



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

- 3 | RÜCKBLICK: ACHT JAHRE UNTER LULA
- 3 | HERAUSFORDERUNGEN FÜR PRÄSIDENTIN ROUSSEFF
- 4 | BRASILIEN UND DIE WELT: KANN ROUSSEFF LULAS WERK FORTFÜHREN?
 - *Brasilien: Ein Ausblick* 4
- 5 | WELCHE BEDEUTUNG WIRD PRÄSIDENTIN DILMA ROUSSEFF FÜR DIE DEUTSCH-BRASILIANISCHEN BEZIEHUNGEN HABEN?
 - *Hintergrund: Deutsch-Brasilianische Beziehungen* 5
 - *Herausforderungen für die deutsch-brasilianischen Beziehungen* 5
- 7 | FAZIT
- 7 | DIE AUTOREN



RÜCKBLICK: ACHT JAHRE UNTER LULA

In den letzten acht Jahren unter Präsident Lula hat sich Brasilien grundlegend gewandelt und beeindruckende Fortschritte gemacht. Als Lula 2003 Präsident wurde, war die Erinnerung an die Finanzkrise Ende der 1990er Jahre noch wach, und Lula musste Investoren mit seinem „Brief an das brasilianische Volk“ davon überzeugen, dass er Verträge honorieren, Schulden zurückzahlen und keine Industrien zu verstaatlichen gedenke. Brasiliens Wirtschaft ist seitdem kontinuierlich gewachsen, und dank einer konstanten Rohstoffnachfrage aus China und einem stabilen Bankensektor hat Brasilien die Finanzkrise 2008 weitgehend unbeschadet bestanden. Wachstum kombiniert mit massiven (und von Schulanwesenheit der Kinder abhängigen) Transferzahlungen an die Ärmsten des Landes haben die Armutsraten bedeutend reduziert. Die Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores* – PT) hat das Programm „Bolsa Familia“ („Familienstipendium“) auch politisch gut genutzt. Im armen Nordosten, wo die größte Zahl der Empfänger lebt, wird Lula verehrt. Dabei wird oft übersehen, dass Brasiliens wirtschaftlicher Erfolg in bedeutendem Maße Lulas Vorgänger, Fernando Henrique Cardoso, zu verdanken ist, der erst als Finanzminister, dann als Präsident, grundlegende Reformen durchsetzte, die das Fundament des heutigen Wachstums darstellen. Daneben war es auch Cardoso, der die effizienten und populären Transferleistungen einführte – allerdings wurden sie unter Präsident Lula stark ausgeweitet.

Lulas größter Verdienst liegt somit darin, die von Cardoso eingeführten, und von der Arbeiterpartei damals scharf kritisierten Reformen nicht rückgängig gemacht zu haben. Er hat sich somit als kluger und pragmatischer Taktiker bewiesen, der sich den mächtigen und stark ideologisierten Flügeln seiner Partei widersetzte.

Doch die globale Aufmerksamkeit, die Lula als Präsident der einzigen „aufsteigenden Macht“ auf der Südhalbkugel genoss, täuscht darüber hinweg, dass er in den letzten acht Jahren zu wenig getan hat, um Brasiliens schwierigste Probleme zu lösen. Die Staatsausgaben sind während seiner Amtszeit stark angestiegen, und den vier größten Herausforderungen – Rentenreform, Steuerreform, Bildungsreform und ein Ausbau der Infrastruktur – ist Lula aus dem Weg gegangen. Dabei haben ihm Kritiker insbesondere in den letzten zwei Jahren vorgeworfen, auf der Höhe des Wachstums seinen politischen Kredit nicht zu nutzen, um unpopuläre, aber notwendige Reformen durchzusetzen. Korruption bleibt ein großes Problem auf allen Ebenen, und den Ruf als „saubere“ Partei hatte die PT spätestens nach einer historischen Serie von Skandalen, die 2006 beinahe den Präsidenten um sein Amt brachten, verloren. Kurz vor der Wahl 2010 musste Lulas neue Stabschefin, Erenice Guerra, zurücktreten, nachdem sie öffentliche Aufträge an Familienmitglieder

verteilt hatte. Lula hinterließ Dilma Rousseff somit mehr ungelöste Probleme, als es den Anschein hatte.

Wichtig ist daneben, dass sich die Selbstwahrnehmung ganz Brasiliens in diesen Jahren stark verändert hat: Das Land ist ein großer Aufsteiger in einer Zeit, wo die früheren Führungsmächte USA und Europa mit starken Rezessionen und internationalem Bedeutungsverlust zu kämpfen haben. Die Tatsache, dass der ehemalige Bankrotteur Brasilien heute US-Dollar-Reserven von fast 300 Milliarden besitzt und mit Einzahlungen an den IWF an der Rettung einer europäischen Volkswirtschaft in Griechenland beteiligt war, wirkt sich auch auf das Selbstbewusstsein aus. Es gibt viel Sympathie und kulturelle Nähe in Brasilien zu Europa und auch zu Deutschland („gemeinsames kulturelles Erbe“), die aber nicht dazu verleiten sollten, von einer automatischen Interessens- und Wertegemeinschaft auszugehen. Neue Allianzen wurden gerade auch von Brasilien promoviert, die eher neben wenn nicht gar gegen den „alten“ Westen laufen: Die aus einer Kennzeichnung der Schwellenländer entstandene Abkürzung BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China) wurde trotz aller Unterschiedlichkeit der Länder mit Gipfeltreffen institutionalisiert. In den UN-Klimaverhandlungen hat man sich im Format BASIC (Brasilien, Südafrika, Indien, China) zusammengefunden und 2010 eine rege Koordinationsdiplomatie entwickelt, um die eigene Position gegenüber den „reichen“ Ländern und den Entwicklungsländern zu definieren.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR PRÄSIDENTIN ROUSSEFF

Bereits wenige Tage nach ihrer Wahl deutete Dilma Rousseff an, dass sie Lulas Politik weitgehend fortzuführen gedenkt. Die Wahl Antonio Palocis, Architekt von Lulas konservativer Finanzpolitik bis 2005, als Rousseffs Stabschef, gilt als Signal an internationale Investoren und brasilianische Firmen, dass sich am wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung grundlegend nichts ändern wird. Ob sie in der Lage sind, eines der großen Reformprojekte anzugehen, und das Land auf schlechtere wirtschaftliche Zeiten vorzubereiten, ist jedoch fraglich. Zwar ist die Opposition so geschwächt, dass die Regierung theoretisch freie Hand hat, um Reformen zu verabschieden. Jedoch ist nicht klar, inwieweit Rousseff in der Lage ist, sich gegen die radikaleren Gruppierungen in ihrer Partei durchzusetzen. Im Gegensatz zu Lula, einem der Mitbegründer der Arbeiterpartei, ist Rousseff erst relativ spät Parteimitglied geworden, und zählt damit nicht zum traditionellen Kern. Sie braucht aber die Arbeiterpartei, um in der Regierungsallianz von über zehn Parteien und noch mehr Interessen ihre Politik durchsetzen zu können. Auch im außenpolitischen Bereich deutet sich mit der Ernennung von Antônio Patriota Kontinuität an. Patriota, ehemaliger Botschafter in Washington, gilt als erfahrener und hoch angesehener Diplomat. Auch Marco Aurélio Garcia bleibt



außenpolitischer Berater der Präsidentin. Allerdings war Lulas Außenpolitik derart von seiner charismatischen Persönlichkeit geprägt, dass es Rousseff schwer haben wird, eine derart starke globale Präsenz zu entwickeln. Lula reiste mehr und nahm an mehr internationalen Konferenzen teil als jeder andere Präsident der Geschichte des Landes, und der wenig charismatischen Rousseff wird es kaum gelingen haben, die Sichtbarkeit Brasiliens so stark voranzutreiben wie ihr Vorgänger.

Die zweite große Frage ist, inwieweit der Ex-Präsident versuchen wird, das politische Tagesgeschäft nach Ende seiner Amtszeit zu beeinflussen. Lula kandidierte zum ersten Mal in den späten 1980er Jahren als Präsident, wurde im vierten Anlauf 2002 gewählt und hat somit die politische Landschaft seines Landes wie kein zweiter geprägt. Beständige Gerüchte, dass Lula plant, 2014 wieder zu kandidieren, um wie einst Präsident Vargas in den 1940er Jahren ein Comeback zu feiern, könnten Rousseffs Autorität und Effektivität untergraben. Jedoch scheinen viele ihre Fähigkeit, Macht zu konzentrieren und zu verteidigen, zu unterschätzen. Zwar hatte Dilma noch nie vorher eine Wahl gewonnen, doch muss sie sich in der Regierung als erfahrene Taktikerin erwiesen haben, um von Lula als Nachfolgerin gekürt zu werden. Die ersten Monate ihrer Regierung bestätigen den Eindruck, dass sie einen effizienten und ergebnisorientierten Politikstil pflegt.

Die dritte große Frage ist, inwieweit Rousseff in der Lage sein wird, ihren Koalitionspartner „Partei der brasilianischen demokratischen Bewegung“ (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro* – PMDB) für ihre Reformvorhaben zu gewinnen. Die PMDB, die den Vizepräsidenten Michel Temer stellt, ist ein weitgehend wert- und ideologiefreies Sammelbecken für Politiker verschiedener Überzeugungen, die sich als Rousseffs größter Gegner entpuppen könnte.

BRASIL IEN UND DIE WELT: KANN ROUSSEFF LULAS WERK FORTFÜHREN?

Brasiliens internationales Gewicht hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Brasilianische Firmen wie Embraer, Odebrecht und Ambev spielen international eine wachsende Rolle. Daneben zeigen ausländische Investoren großes Interesse, die wachsende brasilianische Mittelschicht als Kunden zu gewinnen. Jedoch ist Brasiliens Aufstieg ebenso stark mit Präsident Lula verbunden, der sich in den letzten acht Jahren zu einer der sichtbarsten und international aktivsten Staatsoberhäupter entwickelte. Als ehemaliger Gewerkschaftsführer positionierte sich Lula geschickt als Repräsentant der Entwicklungsländer, ohne Brasiliens Beziehungen zu den Industriestaaten zu vernachlässigen. Häufiger als jeder andere Präsident in der Geschichte Brasiliens reiste Lula nach Afrika, und die Zahl der brasilianischen Botschaften in Afrika

hat sich seit 2003 mehr als verdoppelt. In diesem Zusammenhang hat sich Brasilien für eine stärkere Rolle in internationalen Institutionen eingesetzt, fordert einen ständigen Sitz im UN Sicherheitsrat, und positionierte sich als wichtiger Kritiker der G8 und Unterstützer der G20.

Lula, der in Armut aufwuchs, symbolisiert Brasiliens Rolle als Land, das sich nicht mehr als Entwicklungsland, jedoch ebenso wenig als Industriestaat kategorisieren lässt. Brasilien weist Merkmale reicher Industrieländer auf: So ist es zum Beispiel ein Geberland des IWF, und es hat sich zu einem wichtigen Entwicklungshelfer in Lateinamerika und Afrika gewandelt. Jedoch kämpft es auch langfristig mit Problemen, die typisch für Entwicklungsländer sind, und vierzig Millionen Brasilianer leben in Armut. Lula vermochte es, aus dieser Situation Kapital zu schlagen und durch seine personalisierte Außenpolitik Brasiliens Gewicht deutlich zu erhöhen.

Die neue Präsidentin tritt somit kein leichtes außenpolitisches Erbe an. Im Gegensatz zu dem charismatischen Lula wird es Dilma Rousseff schwer haben, sich zu einem solch gefragten Staatsoberhaupt zu entwickeln, wie es Lula war. Hinzu kommt, dass Brasiliens Rolle schwieriger geworden ist. Während Präsident Lula internationale Institutionen wie den IWF noch regelmäßig kritisierte und als Sündenbock für globale Probleme identifizierte, kann sich Dilma solche anti-westlichen Kommentare nicht mehr leisten, seitdem Brasiliens Stimme im IWF mehr Gewicht genießt als je zuvor. Hinzu kommt, dass der Druck auf Brasilien wachsen wird, international mehr Verantwortung zu übernehmen. Brasilien gilt als unkooperativ im Bereich der nuklearen Nichtverbreitung, die gescheiterte „Vermittlung“ im Iran-Konflikt Mitte 2010 hat Misstrauen geschürt.

Dennoch setzt Dilma außenpolitisch weitgehend auf erfahrene Akteure, die bereits unter Präsident Lula die wichtigen Entscheidungen trafen. Inhaltlich wird Dilma die Außenpolitik Lulas somit fortführen, in der Hoffnung, dass sie in der Lage sein wird, den Balanceakt zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten so kunstvoll fortzuführen, wie es ihrem Vorgänger gelang.

Brasilien: Ein Ausblick

Brasiliens Wirtschaft wird stark und beständig wachsen; mittelfristig wird es seine Position als wichtiger Exporteur von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten untermauern. Darüber hinaus werden weltweit agierende brasilianische Firmen wie Embraer, Perdigão, Odebrecht und Petrobras eine immer wichtigere Rolle einnehmen. Als größter Bio-Ethanol-Exporteur und als Hüter des größten CO₂-Reservoirs der Erde, des Amazonas Regenwaldes, wird Brasilien eine entscheidende Rolle im Klimawandel spielen.



Brasilens Wachstum ist allerdings nicht auf einige wenige Bereiche konzentriert, sondern bezieht sich auf die gesamte Wirtschaft, und die Zahl der Brasilianer unter der Armutsgrenze wird sich mittelfristig deutlich reduzieren. Gegenwärtig noch die neuntgrößte Volkswirtschaft der Erde, prognostizieren Hochrechnungen, dass Brasilien zur Mitte des 21. Jahrhunderts nach China, den Vereinigten Staaten, Indien und Japan die fünftgrößte Wirtschaft der Erde sein wird. Langfristig wird Deutschland daher nur über die Europäische Union Einfluss auf Brasilien nehmen können, und es sollte ein Ziel Deutschlands sein, eine kohärente europäische Brasilienstrategie zu unterstützen.

Das regionale Integrationsprojekt MERCOSUR wird weiterhin von brasilianischen Politikern erwähnt, spielt aber in der außenpolitischen Strategie Brasiliens nur eine Nebenrolle, und eine profundere Integration mit der Übertragung von Souveränität wie in Europa ist ausgeschlossen. Gleichzeitig wird Brasilien mittelfristig den Druck auf Europa und die Vereinigten Staaten erhöhen, um mehr Stimmrechte in internationalen Organisationen zu erhalten.

WELCHE BEDEUTUNG WIRD PRÄSIDENTIN DILMA ROUSSEFF FÜR DIE DEUTSCH-BRASILIANISCHEN BEZIEHUNGEN HABEN?

Hintergrund: Deutsch-Brasilianische Beziehungen

Die strategische Partnerschaft, die Brasilien und Deutschland 2007 eingegangen sind, könnte und sollte mehr Substanz erhalten. Brasilien ist Deutschlands wichtigster Handelspartner in Lateinamerika, und São Paulo die größte Konzentration deutscher Industrie der Welt. 1.200 deutsche Firmen verschaffen rund einer Viertel Million Brasilianern Arbeit. Neben den wirtschaftlichen Beziehungen besteht ein reger kultureller Austausch zwischen Nicht-Regierungs-Organisationen, Universitäten und Schulen; Deutsch ist weiterhin eine häufig gelernte Fremdsprache. Auf politischer Ebene sind die Beziehungen eng. Präsident Lula besuchte Deutschland als erstes europäisches Land bereits einen Monat nach seinem Amtsantritt, und deutsche Politiker reisen regelmäßig nach Brasilien. Kanzlerin Merkel gratulierte Dilma Rousseff telefonisch direkt nach der Wahl. Dank einer starken Präsenz der deutschen Stiftungen in Brasilien besteht ein reger Austausch zwischen Parlamentariern, Landespolitikern und Bürgermeistern. Aufgrund Brasiliens Bestreben, als Geberland aufzutreten, engagiert sich Deutschland in der sogenannten Dreieckskooperation, in der man gemeinsam Entwicklungszusammenarbeit in ärmeren lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern leistet. Der Anteil Deutschlands an diesen Projekten liegt jedoch weit unter dem anderer Geber und es ist fraglich, welchen deutschen Interessen damit gedient wird. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Brasilien konzentriert sich auf die Bereiche Klima-

und Ressourcenschutz sowie Energie, ist also längst keine „klassische“ Entwicklungshilfe mehr.

Allerdings fehlt ein konstruktiver Dialog über Strategien, um Brasilien in den Lösungsprozess für globale Herausforderungen besser einzubinden. Brasilien ist noch immer hauptsächlich daran interessiert, an den wichtigsten Verhandlungstischen Platz zu nehmen, aber es realisiert die Kosten einer globalen Führungsrolle in einem zu geringen Maße. Ein solcher Dialog sollte jedoch Ziel der deutschen Politik sein.

Herausforderungen für die deutsch-brasilianischen Beziehungen

Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel

Brasilien ist die einzige große Wirtschaftsmacht der Welt, die auf zum größten Teil erneuerbare Energien zurückgreifen kann. So stammt weit mehr als die Hälfte der produzierten Elektrizität aus Wasserkraftwerken wie dem am Itaipú-Staudamm, der die Millionenstadt São Paulo mit Elektrizität versorgt. Daneben befindet sich der größte noch bestehende Regenwald in Brasilien und stellt ein lebenswichtiges CO₂-Reservoir für den Planeten dar.

Brasilien scheint daher prädestiniert, eine globale Führungsrolle im Bereich des Klimawandels zu übernehmen. Jedoch hat Brasilien, wie auch Indien und China, die klassische Rolle der Entwicklungsländer eingenommen und jegliche Verantwortung und Handlungsbedarf von sich gewiesen. Für Präsident Lula stand wirtschaftliches Wachstum eindeutig im Vordergrund. Umweltschutz wurde oft als ein entbehrlicher Luxus abgetan. So wurde der Kampf gegen die Abholzung des Regenwaldes nur dann unterstützt, wenn er die Wachstumsziele und die Armutsbekämpfung nicht in Gefahr brachte. Obwohl Präsidentin Rousseff in der Vergangenheit u.a. als Energieministerin wenig Interesse am Klimawandel gezeigt hat, wird sie sich nicht zuletzt wegen der sich wandelnden öffentlichen Meinung mehr um den Umweltschutz und Klimawandel kümmern. Rousseffs erste Reden bestätigen diesen Trend. Brasilien hat kleine Fortschritte bei der Reduzierung der Regenwaldabholzung erreicht, und man kann davon ausgehen, dass diese Anstrengungen fortgeführt werden. Das heißt allerdings nicht, dass Rousseff bei internationalen Klimaverhandlungen nicht auf das Recht auf Entwicklung pochen wird.

- Deutschland sollte dieses Recht anerkennen sowie die Verpflichtung, den Preis für den Schutz der Regenwälder mitzufinanzieren.



Der Regenwald wird nicht zuletzt durch die wachsende landwirtschaftliche Nutzung des brasilianischen Territoriums (Rinderzucht, Soja, Zuckerrohr für Bio-Ethanol u.a.) bedroht. Ein Weg zum Umgang damit könnte die Pflicht zur Zertifizierung der umweltgerechten Herstellung dieser Produkte sein. Deutschland und die EU können solche Schritte aber nur glaubwürdig verlangen, wenn sie gleichzeitig ihre Märkte für brasilianische Produkte dieser Qualität öffnen. Hier ist gerade Deutschland als größte Wirtschaftsmacht in der EU gefordert, die für Wettbewerb und Chancengerechtigkeit eintreten sollte.

Bekämpfung der nuklearen Verbreitung und Sicherheitspolitik

Brasilien stand dem Nichtverbreitungsvertrag traditionell kritisch gegenüber und beschrieb es als Strategie der etablierten Akteure, die bestehenden ungerechten Machtstrukturen zu perpetuieren. Es scheint so, als ob Brasiliens Militärregierung in den 1970er und 1980er Jahre versuchte, Atombomben zu bauen, doch dieses Projekt endete im Laufe des Demokratisierungsprozesses bis 1990. Unter Präsident Collor fand Brasilien seinen Platz als verantwortungsbewusster Akteur, und 1998 unterzeichnete Präsident Cardoso den Nichtverbreitungsvertrag. Diese Entwicklung nahm ein Ende im Jahre 2004, als Brasilien den UN-Inspektoren nur noch eingeschränkten Zugang zu dem nuklearen Kraftwerk nahe Rio de Janeiro gewährte, und damit nicht im Sinne des Nichtverbreitungsvertrags handelt. Samuel Pinheiros Guimarães sagte in seiner Funktion als Staatssekretär für strategische Fragen im letzten Jahr, die Unterzeichnung des Vertrages sei „ein Fehler“ gewesen und beschuldigte die Nuklearmächte, ihr „Oligopol“ aufrechterhalten zu wollen. Seitdem ist Brasiliens Rolle im Bereich der nuklearen Verbreitung eher kontraproduktiv. Während der Nichtverbreitungskonferenz im letzten Jahr war Brasilien hauptsächlich daran interessiert, schärfere Kontrollen zu verhindern, und es weigerte sich, die sogenannten Zusatzprotokolle zu unterzeichnen, die es zur stärkeren Zusammenarbeit verpflichten würden. Hinzu kommt, dass Brasilien im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm eine unglückliche Rolle gespielt hat, als es erst mithilfe der Türkei ein fragwürdiges Abkommen mit dem Iran schloss, und sich dann im UN-Sicherheitsrat gegen Sanktionen gegen das iranische Regime aussprach. Zum ersten Mal überhaupt hatte Brasilien gegen die mehrheitliche Meinung im Rat gestimmt.

Es gilt als wenig wahrscheinlich, dass Brasilien Atomwaffen entwickeln wird. Brasiliens Verhalten zeigt allerdings, dass es mit der nuklearen Ordnung nicht zufrieden ist und besser in den sicherheitspolitischen Dialog eingebunden werden möchte.

- Deutschland sollte daher das neue Selbstbewusstsein Brasiliens zur Kenntnis und Brasiliens Meinung ernstnehmen. Die noch immer unter Gebernationen verbreitete, altruistisch klingende Rhetorik ist im Falle Brasiliens unangemessen. So hat sich Brasilien mittlerweile selbst zu einem Geberland entwickelt. Zum Beispiel sollte sich Deutschland im Bereich von Infrastruktur und Technik nicht als selbstloser Helfer, sondern als interessanter und wettbewerbsfähiger Geschäftspartner darstellen.

Paradoxerweise geht es Brasilien nicht so sehr um den Iran per se, sondern darum, zu zeigen, dass das jetzige globale System und seine internationalen Institutionen aufsteigende Mächte wie Brasilien noch nicht adäquat repräsentieren. Brasilien kann somit insbesondere bei Deutschlands Versuch, einen permanenten Sitz im UN Sicherheitsrat zu erlangen, ein Partner sein. Dabei sollte die Interessenlage Brasiliens nicht außer Acht gelassen werden: Im Zweifel wird man auch mit anderen Partnern zusammenarbeiten, um dem eigenen Ziel eines Sitzes im Sicherheitsrat näher zu kommen.

- Im Gegenzug für die Kompromissbereitschaft sollte Deutschland sich dafür einsetzen, dass Brasilien als aufsteigende Macht Verantwortung übernimmt und damit auf multilateraler Ebene eine stabilisierende Wirkung entfaltet.

Brasiliens Führung der UN-Friedensmission in Haiti ist dabei ein Beispiel, dass das Land in der Lage ist, als stabilisierender Anker Ruhe zu bewirken.

Förderung der Demokratie und der Menschenrechte, insbesondere in Südamerika

Deutschland hat großes Interesse daran, dass Brasilien als größtes und wichtigstes Land Südamerikas zur regionalen politischen Stabilität und der Festigung demokratischer Strukturen beiträgt. Brasilien ist seinem eigenen Führungsanspruch bisher wenig gerecht geworden und muss mehr tun, um zu verhindern, dass Populisten wie Hugo Chávez in Venezuela oder Rafael Correa in Ecuador die demokratischen Institutionen ihrer Länder aushöhlen und langsam in Autokratien verwandeln. Außerhalb des Kontinents ist Brasiliens Rolle oft inkohärent. Während die brasilianische Regierung einerseits die Menschenrechtsverletzungen in Guantánamo Bay scharf kritisierte, unterhält es andererseits gute Beziehungen zu dem kubanischen Regime. Selbst als am Tage des Besuchs des brasilianischen Präsidenten ein bekannter kubanischer Dissident nach einem Hungerstreik im Gefängnis starb, weigerte sich Lula, den Vorfall zu kommentieren. Während der Proteste nach den manipulierten Wahlen im Iran verglich Lula die Opposition mit schmollenden Fußballfans, und Brasilien bezeichnet Iran bis heute als Partner.



Dies ist deshalb besorgniserregend, weil Brasilien als erfolgreiche Demokratie eine Vorbildfunktion spielen sollte. Anti-amerikanische Weltansichten in weiten Teilen der Elite ist leider der Grund dafür, dass Diktatoren und Menschenrechtsverletzungen oft mit zweierlei Maß gemessen werden.

- Deutschland sollte Brasilien wegen seines eigenen Anspruchs und den Verpflichtungen aus den UN-Dokumenten ernst nehmen.

Die ersten Signale der Regierung Dilma Rousseff sind in dieser Hinsicht vielversprechend.

FAZIT

Brasiliens Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren ist äußerst positiv und wird von deutscher Seite begrüßt. In einer Zeit, in der Chinas Aufstieg und Erfolg zunehmend in den Mittelpunkt rückt und andere Entwicklungsländer inspiriert, ist es wichtig, dass auch demokratische Akteure wie Brasilien zeigen, dass sie zu starkem Wachstum und Armutsbekämpfung in der Lage sind. Länder wie Brasilien und Indien sind daher die Antwort für eine wachsende Zahl afrikanischer Präsidenten, wie Ruandas Paul Kagame, der sich am chinesischen Modell orientiert und einen Gegensatz zwischen Demokratie und Entwicklung sieht.

Deutschland sollte bei Brasiliens neuer Präsidentin dafür werben, dass das Land eine Führungsrolle in der internationalen Politik übernehmen kann, wenn es mehr Verantwortung trägt und sich für die in Brasilien gelebten Werte einsetzt. Brasilien hat es sich in der Vergangenheit häufig zu leicht gemacht, die Politik der westlichen Staaten zwar kritisiert, aber keine ernsthaften Gegenvorschläge gemacht. Brasiliens Unterstützung für einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat kann nicht darüber hinweg täuschen, dass es Brasilien hauptsächlich darum geht, als Vertreter eines bisher nicht berücksichtigten Kontinents anerkannt zu werden und sich auf einer Ebene mit aufstrebenden Mächten im Range von China und Indien zu sehen. Diese Reform ist allerdings nur dann legitim, wenn Brasilien willens ist, mehr Verantwortung zu übernehmen. Wenn abseits der wohlklingenden Rhetorik die bestehenden Differenzen in die eigenen Entscheidungsprozesse einbezogen werden, besteht Potenzial für eine nachhaltige, strategisch wichtige und auf gemeinsamen Werten basierte Partnerschaft zwischen Deutschland und Brasilien.

DIE AUTOREN

Dr. Peter Fischer-Bollin, Jahrgang 1966, ist Politikwissenschaftler, seit 1996 in der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig, u.a. als Auslandsmitarbeiter in Zentralamerika, Abteilungsleiter Europa/USA in Berlin, seit Januar 2008 Auslandsmitarbeiter in Rio de Janeiro, Brasilien.

Oliver Stuenkel, Jahrgang 1982, ist Professor für Internationale Beziehungen an der Fundação Getúlio Vargas in São Paulo und Mitglied des Arbeitskreises Junge Außenpolitiker der Konrad Adenauer Stiftung.